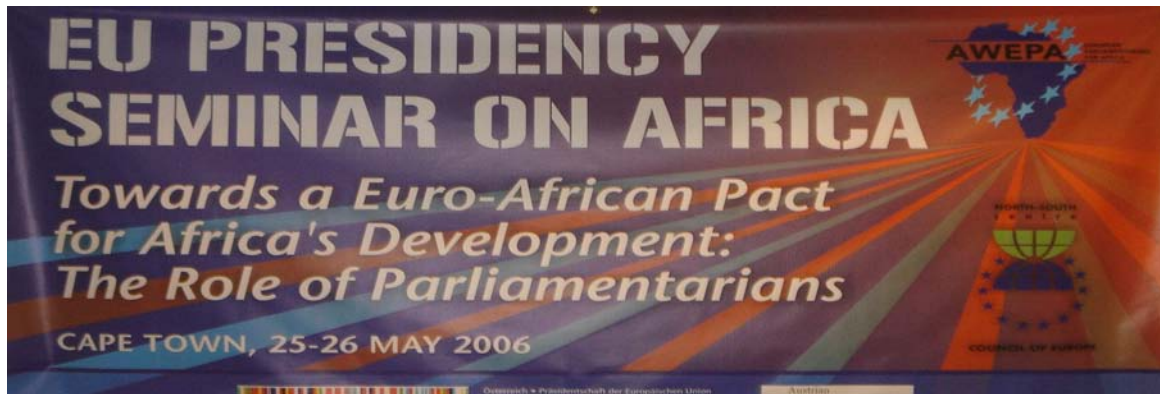


# PARLAMENTARIERINEN IM NORD-SÜD DIALOG

Newsletter

01/2006



## Bericht über die AWEPA-Konferenz im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, 25.-26. Mai 2006, Kapstadt, Südafrika

### „The New European Union and the New EU Strategy for Africa: Towards a Euro-Africa Pact to Accelerate Africa's Development. The Role of Parliamentarians“

Martina Kopf, Redakteurin bei Südwind - Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung

#### Contents

Die Rolle von ParlamentarierInnen	2
Parlamente und afrikanische Integration	2
Kohärenz und faire Handelsbeziehungen	3
Entwicklungspolitik der neuen EU-Mitgliedsstaaten	3
Gemeinsamer Aktionsplan	4
Es liegt im Interesse Europas, dass Afrika seine Probleme lösen kann	4
Mehr Frauen ins	6
Österreichische Nationalratsabgeordnete	7



von links nach rechts, Murumba Werunga (Pan-afrikanisches)

#### AU, NEPAD und EU-Afrika Strategie

In den letzten Jahren ist auf gesamt-afrikanischer Ebene eine Reihe von Initiativen und Institutionen entstanden, die einer afrikanischen Integration eine neue Dynamik verleihen. Mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU), des Panafrikanischen Parlaments (PAP) und der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) verändern sich nicht nur die politischen Rahmenbedingungen auf dem Kontinent, sondern auch die europäisch-afrikanischen Beziehungen. Ende des vergangenen Jahres hat die Europäische Kommission eine EU-Afrika Strategie erarbeitet, die diesen Veränderungen Rechnung trägt. Erstmals wird die Afrika-Politik der EU mit diesem Dokument auf ein gemeinsames Fundament gestellt: Eine gesamt-europäische Strategie, die sich auf ganz Afrika bezieht und die gesamt-afrikanischen Institutionen ausdrücklich als Partner anerkennt.

Ihre zentralen Inhalte sind:

- Frieden und Sicherheit
- Menschenrechte und Regierungsführung
- Entwicklungshilfe
- Nachhaltiges Wirtschaftswachstum, regionale Integration und Handel
- Bildung, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Migration und Frauenrechte

Damit übernimmt die EU-Afrika Strategie die Themen und Ziele, wie sie auch im Gründungsdokument von NEPAD enthalten sind.

## Die Rolle von ParlamentarierInnen

Wie können und sollen sich ParlamentarierInnen in diese Prozesse einbringen? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Konferenz in Kapstadt, die von der Vereinigung Europäischer ParlamentarierInnen für Afrika (AWEPA) in Kooperation mit dem österreichischen Parlament und dem Nord-Süd-Zentrum des Eu-

roparats organisiert und durch die österreichische Entwicklungsagentur ADA finanziert wurde.

Zu jeder EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet AWEPA ein Treffen afrikanischer und europäischer ParlamentarierInnen. Damit will sie zum einen dafür sorgen, dass Afrika-Themen auf der politischen Agenda der EU bleiben. Zum anderen sollen die Partnerschaften auf Parlaments-ebene gestärkt und der Austausch zwischen afrikanischen und europäischen, wie auch von afrikanischen Abgeordneten untereinander gefördert werden. Die österreichische Präsidentschaft hat dieses Treffen im Mai erstmals auf afrikanischen Boden verlegt. Das österreichische Parlament war mit Abgeordneten der Regierungsparteien, der SPÖ und der Grünen vertreten.



Abgeordneter Malcom Bruce aus England, Abgeordneter Alfa-Na

## Parlamente und afrikanische Integration

Das große Thema im Zusammenhang mit NEPAD und der EU-Afrika Strategie ist die Frage der Umsetzung, wie sie auch die Konferenz in Kapstadt dominierte. NEPAD ist zwar international anerkannt - so hat die UNO NEPAD als Rahmenprogramm zur Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) bestätigt. In Afrika sind die Ziele und Inhalte der von Regierungsführern 2001 gegründeten Initiative aber bislang wenig bekannt. Hier ging der Appell an die

afrikanischen ParlamentarierInnen, sich aktiv einzubringen und NEPAD stärker in die Pflicht zu nehmen, etwa durch die Einforderung regelmäßiger Berichte. Auch in der Zusammenarbeit mit Europa sind die afrikanischen ParlamentarierInnen gefordert. Europa, schon bisher größter Geber in Afrika, wird bis 2010 die Auslandshilfe gemäß den MDGs um 20 Mrd. Euro pro Jahr auf 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) anheben. Da der Trend

zu direkter Budgethilfe geht, braucht es - mehr als bisher - parlamentarische Kontrolle darüber, was mit den Entwicklungsgeldern geschieht. Auch darin sind die ParlamentarierInnen aufgerufen, initiativ zu werden. Von ihren Regierungen werden sie häufig nicht über die Höhe empfangener Auslandshilfe informiert. Doch veröffentlichen z.B. die Delegationen der EU in Afrika ihre Berichte über den Stand der Durchführung der lokalen Programme im Internet. Um ihre Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle wahrnehmen zu können, brauchen afrikanische ParlamentarierInnen Unterstützung vor allem im Ausbau ihrer Kapazitäten, der technischen Ausstattung und Infrastruktur und im Zugang zu Information.



NR Carina Felzmann, NR Franz Glaser, NR Petra Bayr.

## Kohärenz und faire Handelsbeziehungen



Abgeordnete aus Benin

Für Europas Abgeordnete sind die großen Themen Kohärenz und faire Handelsbeziehungen, wie sie vor allem von den afrikanischen KonferenzteilnehmerInnen eingefordert wurden. Mit Entwicklungshilfe allein werden die MDGs nie erreicht, stellten sie in Kapstadt klar. Die 20 reichen Industrienationen der OECD subventionieren ihre Bauernschaft mit jährlich 350 Mrd. Dollar, entweder direkt oder durch preisstützende Marktbarrieren. Dieser Betrag ist 16-mal so hoch wie die gesamte Afrika-

Hilfe der OECD. Laut Angaben der britischen Entwicklungsorganisation Oxfam gehen für jeden aufgewendeten Spendendollar zwei Dollar wegen unfairer Handelsbedingungen verloren. Dies kostet die armen Staaten jährlich 100 Mrd. Dollar. Die EU-Strategie selbst informiert darüber, dass die realen Preise von Zucker, Kakao, Kaffee und Baumwolle - also primären Exportgütern afrikanischer Länder - zwischen 1980 und 2000 um 77, 71, 64 bzw. 47 Prozent gefallen sind. Gleichzeitig werden durch

Billigimporte aus der EU - z.B. von Geflügeltieren, die aufgrund des Vogelgrippe-Virus geschlachtet wurden lokale afrikanische Märkte zerstört.

Als ein weiteres Problem auf europäischer Seite wird der unübersichtliche „policy mix“ in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) genannt. Allein auf EU-Ebene gibt es mit Afrika drei große Abkommen: das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik), das Abkommen über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit mit Südafrika (TDCA) sowie die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Darüber hinaus haben die Mitgliedsstaaten ihre eigenen Entwicklungsprogramme. Wie ihre afrikanischen KollegInnen sind europäische ParlamentarierInnen hier vor allem gefordert, sich aktiv zu informieren und ihre Regierungen hinsichtlich kohärenter Politik sowie Harmonisierung in der Entwicklungspolitik zu kontrollieren.

## Entwicklungspolitik der neuen EU-Mitgliedsstaaten

Ein von der SPÖ-Abgeordneten Petra Bayr Vorsitzende des entwicklungspolitischen Unterausschusses moderiertes Podium widmete sich der Entwicklungspolitik der neuen EU-Mitgliedsstaaten. Als eine der größten Herausforderungen formulierten die VertreterInnen der osteuropäischen Länder den Aufbau eines neuen Selbstverständnisses: von Empfängern zu Gebern. So erhält Litauen jährlich 300 Euro pro Kopf an EU-Zuschüssen. Die Entwicklungshilfe-Leistung liegt mit 6 Euro pro Kopf deutlich darunter. Mit dem Beitritt haben sich die Mitgliedsstaaten jedoch verpflich-

tet, ihren Anteil an Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,17 und bis 2015 auf 0,35 Prozent des BNE anzuheben. Die meisten Entwicklungsprogramme der neuen EU-Mitgliedsstaaten sind traditionell auf die östlichen Nachbarn und Zentralasien hin ausgerichtet. In der Zusammenarbeit mit Afrika wird auch vorrangig die Notwendigkeit von Information, Kontakten und dem Aufbau von Beziehungen betont. So unterhält Estland beispielsweise mit Ausnahme von Kairo keine eigene Botschaft in Afrika. Positiv fällt die andere Tonart auf, die die ParlamentarierInnen

aus den neuen EU-Ländern in die europäisch-afrikanische Entwicklungsdebatte einbringen. Die Ähnlichkeit der geschichtlichen Erfahrung - sowohl im Erringen parlamentarischer Demokratie als auch im ambivalenten Verhältnis gegenüber der Wirtschaftsmacht des Westens - klingt in den Beiträgen der Abgeordneten aus Ungarn, Polen und den baltischen Ländern immer wieder an. Sie vermitteln den Eindruck, dass hier weniger von Geber zu Empfänger, als zwischen politischen Akteuren auf gleicher Augenhöhe gesprochen wird.

## Gemeinsamer Aktionsplan

Die Konferenz endete mit dem Beschluss eines gemeinsamen Aktionsplans. Darin wird die EU-Afrika Strategie als Rahmen für die europäisch-afrikanischen Beziehungen mit dem gemeinsamen Ziel, die MDGs zu erreichen, positiv bestätigt. Öffentliche Entwicklungshilfe wird als wichtiger Faktor betont, doch hält das Dokument fest, dass die MDGs nur auf der Grundlage fairer Handelsbeziehungen zu erreichen sind. Ihnen soll in internationalen Verhandlungen, vor allem im Rahmen der Welt-Handelsorganisation WTO und den Ökonomischen Partnerschaftsabkommen (EPA) zwischen Europa und Afrika oberste Priorität eingeräumt werden. Auf parlamentarischer Ebene wird, neben einer weiteren Stärkung des afrikanisch-europäischen Dialogs, gefordert:

- Ein von Afrika und Europa paritätisch besetzter und ausreichend finanzierter parlamentarischer *Monitoring* Mechanismus, der die Umsetzung der EU-Afrika Strategie beaufsichtigt.
- Die Fortsetzung und Erweiterung europäischer Unterstützung für NEPAD, afrikanische Institutionen wie das Panafrikanische Parlament, regionale und nationale Parlamente und den Afrikanischen *Peer Review* Mechanismus.
- Priorität für den Kampf gegen HIV/Aids und für den Zugang zu lebenserhaltenden Medikamenten.

Weiters sollen ParlamentarierInnen und parlamentarische Netzwerke Regierungen in Afrika und Europa verstärkt zur Verantwortung ziehen, ihre Pflichten für die Entwicklung in Afrika wahrzunehmen und dabei der fundamentalen Rolle von Frauen Rechnung zu tragen.



Abgeordnete aus Uganda, NR. a. D.  
Inge Jäger

## „Es liegt im Interesse Europas, dass Afrika seine Probleme lösen kann“

David Gakunzi, Leiter des Dialogprogramms Afrika-Europa des Nord-Süd-Zentrums des Europarats, im Gespräch über die EU-Afrika Strategie, NEPAD und parlamentarische Zusammenarbeit.

Was ist neu an der neuen Afrika-Strategie der EU?

Wir haben hier erstmals ein Dokument, das nicht rein technisch-ökonomisch ausgerichtet ist, sondern auch eine politische Vision enthält. Einerseits geht es darum, die Entwicklungspolitik der europäischen Länder zu harmonisieren. Andererseits nimmt es die Veränderungen zur Kenntnis, die in den letzten Jahren auf dem afrikanischen Kontinent passiert sind - vor allem die Gründung der Afrikanischen Union und von NEPAD. Sie baut auf dem Prinzip auf, dass afrikanische Akteure selbst Verantwortung für afrikanische Probleme übernehmen, und betont gleichzeitig das Prinzip der Partnerschaft.

aft. Davor war es immer so, dass Europa mit seinen Vorstellungen von Entwicklung ankam, und die AfrikanerInnen fragten bloß, wo müssen wir unterschreiben, damit wir das Geld bekommen. Auf afrikanischer Seite gab es keine Wahl. Wir haben hier erstmals ein Dokument, das nicht rein technisch-ökonomisch ausgerichtet ist, sondern auch eine politische Vision enthält. Einerseits geht es darum, die Entwicklungspolitik der europäischen Länder zu harmonisieren. Andererseits nimmt es die Veränderungen zur Kenntnis, die in den letzten Jahren auf dem afrikanischen Kontinent passiert sind

- vor allem die Gründung der Afrikanischen Union und von NEPAD. Sie baut auf dem Prinzip auf, dass afrikanische Akteure selbst Verantwortung für afrikanische Probleme übernehmen, und betont gleichzeitig das Prinzip der Partnerschaft. Davor war es immer so, dass Europa mit seinen Vorstellungen von Entwicklung ankam, und die AfrikanerInnen fragten bloß, wo müssen wir unterschreiben, damit wir das Geld bekommen. Auf afrikanischer Seite gab es keine Wahl.



Welche Rolle spielen die Parlamente?

Die EU und der Europarat haben eine Linie vorgegeben, und die Mitgliedsstaaten haben sie angenommen. Jetzt ist es wichtig, dass sich die Par-

lamente und die Zivilgesellschaft einbringen. Die Parlamente dürfen nicht warten, dass sie einbezogen werden, sie müssen selbst initiativ

werden und die Umsetzung durch die Exekutive verfolgen.

Was braucht es in der parlamentarischen Zusammenarbeit konkret, um eine Umsetzung von NEPAD und EU-Afrika Strategie zu garantieren?

Wichtig ist, dass die Programme von NEPAD und der EU nicht parallel laufen, sondern harmonisiert werden. Dazu müssten die Parlamente in Europa und Afrika fordern, dass die EU,

die AU und das Sekretariat von NEPAD ihnen jährlich einen gemeinsamen Bericht über die Fortschritte vorlegen. Damit würden sie die drei Institutionen in die Pflicht nehmen,

zusammen zu arbeiten und ihre Programme und Projekte aufeinander abzustimmen.

NEPAD wird häufig als „Präsidentenklub“ bezeichnet, der sich mehr an den ausländischen Geldgebern orientiert als an den Bedürfnissen der afrikanischen Bevölkerung.

Es stimmt, dass NEPAD von den Staatsechefs initiiert wurde, aber schließlich ist es auch ihre Pflicht, Initiative zu ergreifen. Jetzt geht es darum, das Dokument auf nationaler und kommunaler Ebene bekannt zu machen. In vielen nationalen Parlamenten gibt es bereits NEPAD-Gruppen.

Sie brauchen unbedingt Unterstützung. Ein eigenes Medienprogramm von NEPAD ist dabei, Information ins afrikanische Fernsehen zu bringen. Und die kritischen Debatten der Zivilgesellschaft tragen ihrerseits zur Information bei. Wenn die Armut so groß ist, wollen die Leute natürlich

sofortige Ergebnisse. Sie glauben, NEPAD wird ihre täglichen Probleme auf der Stelle lösen. Es kann aber noch vierzig Jahre dauern, bis es ihr gelingen kann, den Kontinent zu transformieren - wie auch der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft viel Zeit gebraucht hat.

Kann das Prinzip der Partnerschaft zwischen Afrika und Europa bei so großem wirtschaftlichem Ungleichgewicht überhaupt funktionieren?

Jenseits von Differenzen und Unterschieden gibt es heute gemeinsame Werte: Menschenrechte, Demokratie, soziale Kohärenz. Europa kann keine Insel des Wohlstands und der Menschenrechte sein, und auf der

Seite des Nachbarn Menschenrechtsverbrechen und Armut walten lassen. Damit setzt Europa seine eigenen Werte und seine eigene Stabilität aufs Spiel. Es liegt im Interesse Europas, dass Afrika seine Probleme lös-

en kann. Das ist keine Frage von Wohltätigkeit, sondern von Europas eigener Zukunft. Das gehört noch viel mehr ins öffentliche und politische Bewusstsein gebracht.

Das Interview führte Martina Kopf.

## „Mehr Frauen ins Parlament“

Catherine Namugala ist Abgeordnete der sambischen Regierungspartei und Mitglied des Netzwerks Afrikanischer ParlamentarierInnen gegen Korruption (APNAC).



Abgeordnete Catherine Namugala aus Sambia

Sind Parlamente das „missing link“ in der Entwicklungszusammenarbeit?

Afrikanische Parlamente wurden von der Gebergemeinschaft lange Zeit ignoriert. Aber auch in Afrika selbst wurde aufgrund der Geschichte und eines Mangels an demokratischen Prinzipien die Legislative von der

Exekutive meist nicht beachtet oder sogar unterminiert. In den meisten Ländern erstattet die Exekutive den Parlamenten über Auslandshilfe oder Geber-finanzierte Projekte nicht einmal Bericht. ParlamentarierInnen

fehlt häufig das nötige *Capacity Building*, um ihre Rolle zu verstehen und ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Daher ist es wichtig, sie dabei zu unterstützen.

Was sind Ihre wichtigsten Anliegen?

Mein Grund dafür, in die Politik zu gehen, waren das hohe Armutslevel und die Tatsache, dass Entwicklungshilfe und Information nicht an das Volk fließen, wie sie sollten. Als Frau

sticht es mir ins Herz, wenn ich ein Kind sehe, das nicht zur Schule gehen kann, weil es keine Brücke zum Überqueren gibt, oder die Schule zu weit weg ist. In meinem Wahlkreis

sind bis zu 18 Kilometer Distanz zur nächsten Schule. Das nächste Krankenhaus ist bis zu 160 Kilometer weit weg.

Fließt Ihre Identität als Frau in Ihre politische Arbeit ein?

Als Frau und Mutter schmerzt es, Kinder und alte Leute leiden zu sehen, weil die Prioritäten nicht die richtigen sind. Frauen haben einen Sinn für soziale Gerechtigkeit, daher braucht es mehr von uns im Parla-

ment. In Sambia sind von 158 Parlamentsabgeordneten 19 Frauen. Sie sind alle sehr starke Parlamentarierinnen, die viel Arbeit an der Basis machen. Dennoch gelten Frauen in den Parteien als riskante Wahlkan-

didatinnen. Sie haben oft nicht die Ressourcen, die es für eine Wahlkampagne braucht. Parteien stellen Frauen meist nur auf, wenn sie finanziell unabhängig sind.

Was ist Ihre Botschaft an die Kolleginnen und Kollegen in Österreich?

Ich möchte an österreichische ParlamentarierInnen - vor allem Frauen - appellieren, Länder wie Sambia zu besuchen und in die ländlichen Regionen zu gehen. Auf Konferenzen wie

dieser hier sehen Sie mich schick angezogen, ich spreche Englisch und Sie sehen mir nicht an, woher ich komme. Aber die Situation vor Ort ist anders. Wenn europäische und öster-

reichische ParlamentarierInnen sie mit eigenen Augen sehen würden, hätten sie eine andere Vorstellung davon, was diese Länder durchmachen.

Das Interview führte Martina Kopf.

## Österreichische Nationalratsabgeordnete nach der AWEPA-Konferenz in Kapstadt auf die Fragen: Was war Ihnen das Wichtigste an dieser Konferenz? Welche Schritte setzen Sie, um die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa zu stärken?



Dr.h.c. Peter Schieder (SPÖ)  
Obmann des außenpolitischen Ausschusses  
Ehemaliger Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 2002-2005

In Kapstadt ist es gelungen, zwei wichtige Vorhaben des österreichischen Parlaments zu verwirklichen: Die gute Tradition fortzusetzen, im Rahmen der EU-Präsidentschaft gemeinsam mit AWEPA eine Veranstaltung zum Thema Afrika durchzuführen. Und gleichzeitig die Parlamente der neuen EU-Mitgliedsländer für Entwicklungspolitik im

Allgemeinen und den afrikanischen Kontinent im Speziellen zu interessieren. Auf meine Initiative hin hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats dem Panafrikanischen Parlament bei der Gründung geholfen und ein Arbeitsübereinkommen abgeschlossen, das europäische Hilfe und Zusammenarbeit vorsieht. Ich engagiere mich dafür,

dass dieses Übereinkommen nicht in Strassburg „schubladiert“, sondern mit Leben erfüllt wird. Weiters versuche ich gemeinsam mit anderen eine große europäische Debatte über die Zusammenarbeit mit und Hilfe für Afrika zu erreichen.



Petra Bayr (SPÖ)  
Vorsitzende des entwicklungspolitischen Unterausschusses, Unvereinbarkeitsausschuss

In Kapstadt konnten sich die VertreterInnen der neuen EU-Mitgliedsländer ein Bild von Entwicklungszusammenarbeit machen und sich mit ParlamentarierInnen aus dem Süden austauschen. Mit dem Parlamentarierprojekt hier in Österreich möchten wir vor allem Abgeordnete einbinden, die bislang nichts mit EZA

zu tun hatten. Gerade im Sinne einer kohärenten Politik ist es notwendig, unsere KollegInnen aus Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt-, Gleichbehandlungs-, Budget-, Landwirtschaftsausschuss u.a. dafür zu sensibilisieren, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen für Menschen im Süden haben. Darüber hinaus hat

für mich höchste Priorität, sich für ein gerechtes und faires Handels- und Wirtschaftssystem zu engagieren. Menschen-, soziale, Frauen- und Umweltrechte sowie die Rechte der Indigenen müssen endlich denselben Status bekommen, wie ihn der Schutz des Kapitals schon lange hat.

Franz Glaser (ÖVP)  
Entwicklungspolitischer Sprecher, Finanzausschuss

Für mich hat sich ein teilweise neues und erfrischendes Afrika-Bild ergeben. Die afrikanischen PolitikerInnen treten selbstbewusst auf und wissen, was sie wollen. Zu Recht ist ihnen das Prinzip der Partnerschaft wichtig und sie wollen nicht auf die Rolle von Geber und Empfänger festgelegt werden.

Die Stärkung parlamentarischer Zusammenarbeit ist von großer Bedeutung. Hier ist noch viel an Ausbildung und Befähigung möglich, und das sollten wir in Österreich auch leisten. Die Unterstützung entsprechender Initiativen und Institutionen, die sich diesem Thema widmen, aber auch der Zusammenarbeit

zwischen Europa und Afrika insgesamt, ist ein Gebot der Stunde. Das eine ist aber das Reden davon, das andere das konkrete Tun. Hier ist es wichtig, dass alle in den Prozess Involvierten ihre Kontakte nützen und weitere suchen und mit diesen neue Schritte der Zusammenarbeit unternehmen.

Dr. Mag.<sup>a</sup> Magda Bleckmann (F/BZÖ)

Entwicklungspolitische Sprecherin, Obfrau des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

Die Idee, den Kongress in Afrika anstatt in Wien abzuhalten, war sehr gut. Beeindruckend war für mich in Kapstadt die Präsenz der EuropäerInnen. Inhaltlich finde ich, ist vor allem auf den Demokratisierungsprozess und die Unterstützung der

neuen Demokratien und deren ParlamentarierInnen sowie auf die Verwirklichung von Menschen- und Frauenrechten verstärkt Bedacht zu legen. Innerhalb Österreichs werde ich Lobbying für die Umsetzung der neuen EU-Afrika Strategie betreiben

und die Notwendigkeit aufzeigen, Hilfe und Unterstützung vor Ort zu betreiben. Im Kampf gegen Aids werde ich mich aktiv für ein zusätzliches Programm von Österreich in Afrika einsetzen, hier kann es nicht genug Unterstützung geben.

Sabine Mandak (Die Grünen)

Obfrau stellvertreteterin des Familienausschusses, Gleichbehandlungsausschuss

Am wichtigsten war für mich die Auseinandersetzung mit der Rolle der ParlamentarierInnen. Gute Regierungsführung und Demokratie zu stärken, ist gut und sinnvoll. Doch kann dies nicht losgelöst von anderen Fragen gesehen werden. Die europäische Agrarindustrie wurde 2004 mit 45 Mrd. Euro gefördert. Afrikanische Produkte haben da keine

Chance auf dem europäischen Markt. TeilnehmerInnen der Konferenz betonten immer wieder, dass die EU-Agrarpolitik mehr schadet, als durch EZA-Gelder Positives geschaffen werden kann. Wir müssen viel mehr den Schritt hinaus tun und uns mit den großen Zusammenhängen beschäftigen. Als aktives Mitglied im Klimabündnis Vorarlberg versuche

ich, die Zusammenhänge zwischen unserem Lebensraum, unserer Lebensweise und den BewohnerInnen des kolumbianischen Regenwalds aufzuzeigen und durch Aktionen auf die dramatische Menschenrechtssituation aufmerksam zu machen.



Carina Felzmann (ÖVP)

Außenpolitischer Ausschuss, Kulturausschuss

Das wichtigste war der direkte Kontakt zwischen den Abgeordneten. Er liefert die Voraussetzung für weiteres, persönliches Engagement. Im österreichischen Parlament können wir oft Delegationen aus der ganzen Welt begrüßen. Alleine die aktive Wahrnehmung der Afrika-Termine ist ein wesentlicher

Beitrag. Z.B. war kürzlich Somalia zu Besuch. Das Land entwickelt gerade ein eigenes, parlamentarisches System. Wir konnten die Delegation bei ihrer Recherche mit der österreichischen Geschäftsordnung des Parlaments in englischer Sprache unterstützen sowie mit der Zusage, weitere Dokumente - wie auch

unsere Verfassung - in Englisch zu liefern. Auch vereinbarten wir einen weiter führenden Austausch. Mit der österreichischen Entwicklungsagentur und dem BMAA werden wir weitere Möglichkeiten zur Unterstützung parlamentarischer Zusammenarbeit mit Afrika ausloten.

Mag.<sup>a</sup> Gisela Wurm (SPÖ)

Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen, Innenausschuss

Die Konferenz hat mir vor allem gezeigt, wie wichtig es ist, die Lebenssituation der Menschen in vielen afrikanischen Ländern deutlich zu verbessern. Als Juristin und Mitglied des Innenausschusses bin ich immer wieder damit konfrontiert, wie schwierig es ist, die Probleme in den Bereichen Asyl und Migration zu lösen. Vor allem den

jungen Menschen müssen Zugang zu Bildung und Arbeit und darüber hinaus Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben geboten werden. Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sind Frieden, Demokratie und soziale Grundversorgung. Als europäische Abgeordnete müssen wir die Zusammenhänge zwischen Migration und der

Verelendung vieler afrikanischer Gesellschaften, sowie deren globale Hintergründe stärker in die Diskussion einbringen. Europa darf sich auch aus eigenem Interesse der Verantwortung für faire wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Afrika nicht entziehen.

nord  
süd

Osterreichisches Nord-Süd Institut  
für Entwicklungszusammenarbeit

Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

gefördert durch die



Nord-Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit  
Gemeinnützige GmbH

Möllwaldplatz 5/3. Stock | A-1040 Wien/Österreich

Tel: +43 1 505 44 92 | Fax +43 1 505 44 92/20 |

office@nordsued.at | [www.nordsued.at](http://www.nordsued.at)

Firmenbuch FN 134811b HG Wien | DVR 0772267 |

Bankverbindung: Bank Austria Creditanstalt Konto

687 098 806 | BLZ 12000

Redaktion: Nadja Schuster,

Martian Kopf, Inge Jäger

Layout: Goran Ritan

Druck: Intercopy

Strobachgasse 13

A-1050 Wien

Tel. +43 1 9618110

[www.intercopy.at](http://www.intercopy.at)

AWEPA Logo (siehe JPG)

Amsterdam Office (Headquarters)

Prins Hendrikkade 48

1012 AC Amsterdam, The Netherlands

Tel. +31 20 524 5678, Fax. +31 20 622

0130 Email: [amsterdam@awepa.org](mailto:amsterdam@awepa.org)

[www.awepa.org](http://www.awepa.org)